



Unterflurtrasse der Bahn: ARGE um Rhomberg, Grahammer und Zierl wurden jetzt mit einer Vorstudie beauftragt. VN, MEHRAMSEE

Jahrhundertvision in Bregenz nimmt Fahrt auf

Stadt beauftragt Arbeitsgemeinschaft für Vorstudie zur Unterflurtrasse. Ritsch spricht von „Grundlage für politische Entscheidung“.

BREGENZ Es geht jetzt Schlag auf Schlag. Nachdem es jahrelang ruhig war um eine Unterflurtrasse der Bahn zwischen Wolfurt und Lochau kommt weiter Bewegung in die Jahrhundertvision. Die Stadt Bregenz hat eine hochkarätige Arbeitsgemeinschaft mit einer Vorstudie zur Machbarkeit beauftragt und damit den ursprünglichen Plan, eine frühere Untersuchung aus dem Jahr 2003 zu aktualisieren, deutlich erweitert. Bis Ende Juni sollen unternehmensinterne Pläne von Rhomberg Bau, die knapp 20 Jahre alte Studie des Bahnexperten Gunter Zierl und die Finanzierungsexpertise des einstigen Hypo-Vorarlberg-Vorstandschefs Michael Grahammer (BDO Corporate Finance) aktualisiert und zusammengeführt werden. Die Kosten, rund 112.000 Euro, hat der Stadtrat verabschiedet. „Wir werden damit eine umfassende, große Studie zur Verfügung haben, die als Grundlage der politischen Entscheidung dienen kann“, so Bürgermeister Michael Ritsch (52, SPÖ). Die Erkenntnisse werden zeitgleich mit dem

Masterplan Bregenz-Mitte, an dem international renommierte Architekten und weitere Experten teils unentgeltlich arbeiten, vorliegen. 200.000 Euro nimmt die Stadt in Summe in die Hand. „Bregenz tritt damit in Vorleistung“, sagt Ritsch, der aber auch das Land in der Pflicht sieht. „Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung in den Prozess einsteigt.“

Mit dieser Meinung ist der SPÖ-Bürgermeister nicht alleine. Die Neos haben gestern einen Antrag an den Landtag gerichtet. Die Landesregierung solle Planungs- und Ge-

endlich aus der Zuschauerrolle herauskommen und in einen Lösungsmodus eintreten“, so der Landtagsabgeordnete Garry Thür (48).

Weitreichende Entscheidung

In Bregenz steht viel auf dem Spiel. Bregenz-Mitte ist die zukünftige Visitenkarte der Stadt, eine Unterflurtrasse der Bahn gilt als Jahrhundertvision mit weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten. Für Masterplan und Machbarkeitsstudie bleiben nur noch wenige Wochen Zeit. „So wie es aussieht, werden wir beides zeitgerecht liefern können“, sagt Bürgermeister Ritsch. Es brauche bis Anfang Juli eine Entscheidung, was auf dem Baufeld „Bahnhof“ passiere. Die Neubaupläne für den Bahnhof und die Finanzierung für das 80-Millionen-Projekt stehen. „Wir hoffen aber, bis dahin etwas Besseres auf dem Tisch zu haben“, gibt sich Ritsch zuversichtlich.

„Studie und Masterplan sollen als Grundlage für eine politische Entscheidung dienen.“

Michael Ritsch
Bürgermeister

nehmigungsressourcen eine eingeschränkt zur Verfügung stellen und auch die ÖBB aktiv in den Prozess einbinden. „Das Land muss jetzt

Zurück an den Start oder das aktuelle Bauvorhaben umsetzen: Die politische Weichenstellung wird mit großer Spannung erwartet. Unterflurtrasse der Bahn und Bregenz-Mitte mit einer Unterflurstraße sollen sich jedenfalls nicht in die Quere kommen. „Egal, wann man mit etwas beginnen will, soll das jeweils andere Projekt auch jederzeit umsetzbar sein“, stellt Ritsch im VN-Gespräch klar. **VN-MIG**

Gut beschirmt dem Tief „Eugen“ trotzen

WEILER So was von gemein: Mit heftigem Wind und kräftigen Regenschauern durch das vorherrschende Tiefdruckgebiet „Eugen“ muss sich im Land derzeit auch das zuletzt schon gewohnt frühlingshafte Schönwetter beugen. Indes lässt sich Sabine unterm Schutz des Regenschirms die gute Laune nicht vermiesen und trotz so den fiesigen Kühlttemperaturen. Ihre Hoffnungen für die nächsten Tage ruhen auf dem Wetterhoch „Utine“, denn sie weiß: Auf Regen folgt Sonne, so geht das Wetterspiel.



Mai o Mai, so ein Wetter: Schirmherrin Sabine aus Weiler freut sich schon aufs nächste Hoch Utine. VN/PS



Kommentar
Hanno Loewy

Frauenmorde und Politik

Eine Frau in Wien wird erschossen. Schon das neunte Opfer in diesem Jahr. Ein „Sicherheitsgipfel“ wird einberufen, die Opferschutzverbände, die Vertreterinnen von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen werden dazu nicht eingeladen. Ein Extra-

„Frauenministerin Raab kündigt eine Untersuchung an. Man müsse mehr über die Täter und ihre Motive wissen.“

Budget gebe es noch nicht, aber man wolle die Polizei stärken. Und Frauen ermuntern, die 133 anzurufen.

Frauenministerin Raab kündigt eine Untersuchung an. Man müsse mehr über die Täter und ihre Motive wissen. Und natürlich lässt sie im ORF gleich einmal durchblicken, wo ihre Neugier am größten ist. „Gibt es etwa patriarchale Ehrkulturen, die unseren Wertvorstellungen widersprechen, die wir nicht in Österreich haben wollen?“ Der festgenommene Tatverdächtige nach dem letzten Mord ist in den Medien gut bekannt. Seine Persönlichkeit haben schon andere Frauen zur Genüge kennengelernt, seine Motive haben irgendwie mit der traditionellen österreichischen Trinkkultur zu tun. Sein Name tut nichts zur Sache, es reicht ihm selbst, als der „Bierwirt“ legendär zu sein. Aber Frau Raab will auch mit der zuletzt Ermordeten vor allem eins tun: das was sie Politik nennt, und eher wohl mit dem Ausleben von Ressentiments zu tun hat.

Statt ihren Job als Frauenministerin zu machen und Strukturen zu stärken, die Frauen in Bedrängnis helfen, egal aus welcher „Kultur“ sie selbst oder ihre Mörder stammen, buhlt sie um die Gunst mancher „Bierwirte“ und ihrer Stammtische. Aber vielleicht ist auch das ein Ressentiment? Vielleicht will sie einfach nur in der Buberlpartei in und um die Regierung, die sich schenkelklopfend im Chat mit frauenfeindlichen Sprüchen der Spitzenjobs der Staatsunternehmen gegenseitig zuschiebt, nicht anecken.

Frauen, die von Gewalt – wie wir wissen zumeist ihrer Partner und Ex-Partner – bedroht sind, den Rat zu geben die Polizei anzurufen, damit diese mit der „vollen Härte der Gesetze“ zuschlage, klingt irgendwie nach Minister Nehammer. Und nicht nach Kenntnis des Problems. Menschen, die von ihren Lebenspartnern bedroht werden, suchen in aller Regel zunächst einmal eine niederschwelligere, vielleicht auch diskretere Hilfe als das nächste Polizeirevier. Auch wenn das oft nur der erste Schritt sein kann.

Doch die Opferberatungsstellen sind finanziell ausgeblutet. Dort muss sich eine Mitarbeiterin im Schnitt um mehr als 300 Opfer kümmern. Das ist die traurige Realität.



HANNO LOEWY
hanno.loewy@vn.at

Hanno Loewy ist Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems.

„Die wahre Krise kommt erst noch“

Herausforderndes Jahr für die Stiftung Maria Ebene.

FRASTANZ 2020 wird wohl als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem das Coronavirus die Welt auf den Kopf stellte. Auch für die Stiftung Maria Ebene stand das Vorjahr im Zeichen der Pandemie. So mussten im Frühling sowohl das Krankenhaus Maria Ebene als auch die Therapiestation Lukasfeld kurzfristig als psychiatrisches Notkrankenhaus Fälle der Psychiatrie Rankweil übernehmen und damit die Kapazitäten zur Behandlung von suchterkrankten Menschen reduzieren. „Der erste Lockdown hat gezeigt, dass es im Suchtbereich zu einem Anstieg gekommen ist“, erklärte Primar Philipp Kloimstein, der im April des Vorjahres die ärztliche Leitung der Stiftung übernommen hat, bei der Präsentation des Jahresberichts 2020. Aus diesem geht hervor, dass die Coronakrise massive Auswirkungen auf suchterkrankte Menschen hat. So kam es bei den Beratungsstellen Clean zu einem Zuwachs von rund 13 Prozent an neuen Klienten, und das, obwohl die ambulante Suchtbetreuung teilweise auf telefonische Beratung umgestellt werden musste.

Im Krankenhaus Maria Ebene standen wenige Wochen nach der teilweisen Wiederöffnung für die Behandlung von Suchterkrankten

zwölf Prozent mehr Patienten auf der Warteliste für Therapieplätze. „Viele Patientinnen und Patienten, die wegen des Lockdowns die Therapie abbrechen mussten, wurden trotz telefonischem Kontakt rückfällig. Hinzu kommen neue Suchtentwicklungen, insbesondere bei belasteten Berufsgruppen, etwa aus der Gastronomie oder dem Tourismusbereich“, informierte Maria-Christina Rehberger, psychologische Leiterin des Krankenhauses.



„Die psychische Krise kommt zeitversetzt. Es gilt, diese abzufangen und abzumildern.“

Dr. Philipp Kloimstein
Primar Stiftung Maria Ebene

Zukunftsängste und vermehrte psychische Belastungen führen darüber hinaus häufiger zu Depressionen und Suchtverhalten.

Kloimstein geht davon aus, dass die Patientenzahl auf lange Sicht deutlich ansteigen wird und dass erst in den nächsten Jahren die volle Anzahl der zusätzlichen Suchterkrankten ersichtlich sein wird: „Die wahre Krise kommt erst.“ **VN-MIH**